



Für die Menschen und das Land

Die Bilanz der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Für die Menschen und das Land

Die Bilanz der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vorwort

Den Menschen gedient

Es liegen anspruchsvolle Jahre hinter uns. Aber trotz der Euro-Staatsschuldenkrise, der Herausforderung durch die Flüchtlingsbewegung und des Zerfalls alter Ordnungen auf der Welt ist unser Land in einem hervorragenden Zustand. Die Zahl der Beschäftigten bewegt sich auf Rekordniveau. Die Löhne steigen, die Renten wurden deutlich erhöht. Deutschland ist ein starkes Land. Das sind Fakten. Natürlich gibt es auch weiterhin viel zu tun. Aber die meisten Menschen in Deutschland haben sicher heute so gute Chancen wie nie zuvor, etwas aus ihrem Leben zu machen.



Volker Kauder
Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundes-
tagsfraktion

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in dieser Wahlperiode alles getan, dem Auftrag der Wählerinnen und Wähler gerecht zu werden. Wir wollten den Menschen und unserem Land dienen. Ich glaube, sagen zu können, dass wir diesem Anspruch gerecht geworden sind. Gemeinsam mit der Bundesregierung – allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel – ist es uns gelungen, die Weichen für mehr Wohlstand richtig zu stellen, damit es den Menschen besser geht.

In der Finanz- und Wirtschaftspolitik beispielsweise konnten wir die Grundlagen für den Erfolg unseres Landes erhalten. Wir haben aber auch einige Missstände in der Arbeitswelt korrigiert, ohne die Belange der Unternehmen dabei außer Acht zu lassen. Besonders wichtig war der Fraktion, den Staat zu stärken. Die Herausforderungen sind groß. Insbesondere der weltweite Terror und immer neue Formen der Kriminalität machen den Menschen Sorgen. Die Union hat gemeinsam mit unseren Ministern erreicht, dass der Staat seine Bürger nun besser schützen kann. Gerade hier hat uns der Koalitionspartner die Arbeit nicht leicht gemacht.

Unsere Gesellschaft hält zusammen. Die Parteien an den politischen Rändern erhalten bei uns viel weniger Zulauf als in anderen Ländern. Manch einer verkündet scheinbar einfache Lösungen. Wir aber wollten die richtigen Antworten geben. CDU und CSU gemeinsam. Mit Freude sehen wir, dass wir einiges bewirkt haben – für die Menschen. Das ist es, was sie auch zurecht von der Politik erwarten dürfen.

Wolfgang Kaindl



Die Abgeordneten der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
im Plenarsaal des Deutschen
Bundestages

Inhalt

- 2 Vorwort
 Den Menschen gedient
- 9 Für Wachstum, Arbeit und Wohlstand
- 11 Sicherheit im Alter
- 13 Für eine gute Pflege
- 15 Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau
- 17 Mit soliden Finanzen die Zukunft gestalten
- 19 Gerechter Lohn und faire Arbeit
- 21 Für eine gute Infrastruktur
- 23 Ausgaben für Bildung und Forschung
 stetig steigern
- 25 Familie sind unsere Zukunft
- 27 Frauen unterstützen und schützen

- 29 Eine erfolgreiche Wirtschaft
zum Wohle aller
- 31 Mit Industrie 4.0 den Wohlstand sichern
- 33 Energie für die Zukunft
- 35 Für die Sicherheit unserer Bürger
- 37 Einbruch ist kein Kavaliersdelikt
- 39 Bürger vor Terror schützen
- 41 Fortschritte in der Asyl- und
Flüchtlingspolitik
- 43 Integration bedeutet Fördern
und Fordern
- 45 Klare Regeln für soziale Medien
- 47 Kommunen und Landleben fördern

- 49 Starke Landwirtschaft,
 gesunde Lebensmittel, mehr Tierwohl
- 51 Zusammenhalt Europas sichern
- 53 Für eine friedliche und
 gerechte Weltordnung
- 55 Zwischen Landesverteidigung
 und Krisenprävention
- 57 Menschen helfen –
 Fluchtursachen bekämpfen
- 59 Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht
- 60 Wichtige Bundestagsdrucksachen
 aus der 18. Wahlperiode
- 64 Impressum



Für Wachstum, Arbeit und Wohlstand

Die Unions-Bundestagsfraktion kann auf eine erfolgreiche wirtschafts- und sozialpolitische Bilanz dieser Wahlperiode zurückblicken. Sie hat daran mitgewirkt, die günstigen Bedingungen für die Wirtschaft zu erhalten, gleichzeitig aber Fehlentwicklungen in der Arbeitswelt zu korrigieren.

Seit 2010 wächst die Wirtschaft ununterbrochen – in den letzten drei Jahren besonders stark. Auch für 2017 und 2018 sind die Prognosen gut. Wirtschaftswachstum ist ein Garant für Arbeitsplätze, Arbeit der Schlüssel für ein gutes Leben.

Die Zahl der Beschäftigten bewegt sich mit 43,7 Millionen aktuell auf Rekordniveau – das sind so viele Erwerbstätige wie seit 25 Jahren nicht mehr. Zugleich ist die Arbeitslosenzahl mit 2,7 Millionen auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Der wirtschaftliche Aufschwung zeigt sich auch auf dem Lohnzettel. Nettolöhne und -gehälter sind seit 2013 durchschnittlich um mehr als 1,5 Prozent pro Jahr gestiegen. 2.000 Euro hat ein Arbeitnehmer nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums dieses Jahr durchschnittlich mehr im Portemonnaie als noch 2013.



Sicherheit im Alter

Finanzielle Sicherheit hat für die Menschen große Bedeutung, vor allem im Alter. Aufgrund der guten Wirtschaftslage sind die Renten seit 2014 um fast zehn Prozent im Westen und rund 15 Prozent im Osten gestiegen. Bis 2025 sollen die Ost- an die West-Renten angeglichen sein.

Besonders wichtig war der Unionsfraktion, auch die Lebensleistung der Frauen zu würdigen, die vor 1992 Kinder geboren haben. Von der Ausweitung der Mütterrente profitieren gut neun Millionen Frauen. Ihnen werden nun pro Kind zwei Erziehungsjahre angerechnet statt einem – das sind bis zu 365 Euro im Jahr zusätzlich.

Verbessert wurde zudem die Erwerbsminderungsrente für Arbeitnehmer, die ihre Berufstätigkeit aus gesundheitlichen Gründen einschränken müssen. Sie wird künftig so berechnet, als wenn sie 65 Jahre gearbeitet hätten statt 62. Die von der Union durchgesetzte Flexi-Rente ermöglicht Arbeiten über das Rentenalter hinaus. Dafür gibt es dann mehr Geld. In der Rentenpolitik hat die Union aber auch immer die Belastung der jüngeren Generation im Blick.



Für eine gute Pflege

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt auch die Zahl Pflegebedürftiger. Deshalb hat die Koalition in einer dreistufigen Reform die Pflegeleistungen verbessert und den Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert. So können nun nicht nur Menschen mit körperlichen Gebrechen Pflegeleistungen bekommen, sondern auch Demenzkranke. Maßgeblich für die Einstufung von Pflegebedürftigen in die neuen Pflegegrade ist die Frage, wie selbstständig Menschen ihr Leben noch gestalten können.

Um mehr Schüler für Pflegeberufe zu begeistern, soll nach dem Willen der CDU/CSU-Fraktion die Ausbildung reformiert werden. Künftig erhalten alle Auszubildenden zwei Jahre lang Unterricht in Pflege allgemein. Im letzten Lehrjahr können sie entweder dabei bleiben oder sich auf Kinder- oder Altenpflege spezialisieren. Wichtig war der Fraktion, dass die Altenpflegeausbildung weiterhin auch Hauptschülern offen steht. Die Ausbildung soll über einen Fonds finanziert werden, so dass Schulgebühren künftig entfallen.



Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau

Deutschland hat eines der besten Gesundheitssysteme weltweit. Damit dies so bleibt, bedarf es angesichts des medizinischen Fortschritts und einer alternden Gesellschaft einer zukunftsfesten Finanzierung. Dafür hat die Koalition die Weichen gestellt. Mit der Erhöhung der Mittel für Pflegekräfte beispielsweise wurde die Versorgungsqualität im Krankenhaus verbessert.

Auch weitere Neuregelungen kommen den Patienten zugute. So können sich Ärzte künftig mit Hilfe einer Praxissoftware besser über den Nutzen neuartiger Medikamente informieren. Für Impfstoffe wird das Ausschreibungsverfahren abgeschafft, damit es nicht zu Lieferengpässen kommt. Um gefährliche Wechselwirkungen zwischen Medikamenten einzudämmen, haben Patienten, die drei oder mehr Arzneimittel einnehmen, künftig Anspruch auf einen Medikationsplan.

Ältere und chronisch kranke Patienten brauchen häufig Hilfsmittel, um ihren Alltag alleine zu meistern. Sie bekommen nun eine größere Auswahl etwa an Rollstühlen, Hörgeräten oder Schuheinlagen.



Mit soliden Finanzen die Zukunft gestalten

Solide Finanzen sind die Basis eines funktionierenden Staates. Der Staat sollte sich immer bewusst sein, dass er mit dem Geld der Bürger wirtschaftet. Ihre Belastung darf nicht zu hoch werden. Deswegen war es der CDU/CSU-Fraktion wichtig, Wort zu halten: Es gab in dieser Wahlperiode keine Steuererhöhungen. Die kalte Progression wurde abgebaut. Damit wurden vor allem kleine und mittlere Einkommen entlastet.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wer mit dem auskommt, was er erwirtschaftet, schafft Handlungsspielräume für zukünftige Generationen. Der Bund kommt seit 2014 ohne neue Schulden aus – und das ohne Steuererhöhungen. Gleichzeitig investiert er in wichtige Zukunftsfelder wie die Infrastruktur. Allein für solche Investitionen stehen 2017 gut 36 Milliarden Euro bereit.

Die Einigung zur Erbschaftsteuer gibt den Unternehmen Rechtssicherheit. Die Union hat beim Kompromiss dafür gesorgt, dass Unternehmen durch die Steuer auch künftig nicht in ihrem Bestand gefährdet werden. Nur so können die Betriebe Arbeitsplätze sichern.



Gerechter Lohn und faire Arbeit

Ein gerechter Lohn und faire Arbeit sind unmittelbar mit dem christlichen Menschenbild verbunden. Dieses Menschenbild ist für die CDU/CSU-Fraktion in ihrer Politik maßgeblich – wie auch die Überzeugung, dass sich Leistung lohnen muss. Die Einführung des Mindestlohns 2014 entspricht beiden Gedanken. Die Union hat dabei darauf geachtet, dass der Mindestlohn so weit wie möglich nicht zu Einstellungshemmnissen führt oder gar Arbeitsplätze in Branchen und Regionen gefährdet.

Die große Koalition hat außerdem die Regeln für Zeitarbeit und Werkverträge verbessert: Unbegrenzte Zeitarbeit ist seit 2016 nicht mehr möglich. Zeitarbeiter dürfen höchstens 18 Monate im selben Betrieb eingesetzt werden. Das dämmt Missbrauch ein und gibt Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern Sicherheit. Zeitarbeit können Unternehmen aber weiterhin nutzen, um Auftragsspitzen flexibel abzudecken. Spätestens nach neun Monaten müssen Zeitarbeiter jedoch den gleichen Lohn wie die Stammbeslegschaft erhalten.



Für eine gute Infrastruktur

Deutschland kann nur mit flächendeckend ausgebauten Verkehrswegen und schnellen Digitalnetzen wettbewerbsfähig bleiben. Investitionen in die Infrastruktur sind daher Investitionen in Arbeit und Wohlstand.

Auf Drängen der Union wurde mehr Geld denn je für Straßen, Schienen und Wasserstraßen bereitgestellt. Bis 2018 steigen die Bundesmittel auf rund 14 Milliarden Euro – ein Plus von fast 40 Prozent gegenüber 2014. Hinzu kommen künftig die Einnahmen aus der Pkw-Maut, die anders als die Kfz-Steuer direkt in den Erhalt und Ausbau des Straßensystems fließen.

Mit einem Förderprogramm in Höhe von vier Milliarden Euro leistet der Bund erstmals einen erheblichen Beitrag zum Breitbandausbau, vor allem im ländlichen Raum. Dörfliche Gegenden und Gewerbegebiete sollen an Glasfasernetze angeschlossen werden. Die Koalition hat außerdem den Weg für offene WLAN-Netze frei gemacht. Wer sein Netzwerk für andere Nutzer öffnet, haftet nicht mehr für deren Verhalten – vorausgesetzt er hat selbst keinerlei Einfluss auf das Nutzerverhalten oder die übermittelte Nachricht genommen.



Ausgaben für Bildung und Forschung stetig steigern

Als rohstoffarmes Land braucht Deutschland kluge Köpfe. Außerdem hilft Bildung Menschen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Auch deshalb hat die Union den Etat des von ihr geführten Bundesministeriums für Bildung und Forschung seit 2005 auf nunmehr über 17 Milliarden Euro mehr als verdoppelt.

Neben der Schaffung von Studienplätzen engagiert sich der Bund in der Ausbildungsfinanzierung. Seit 2015 trägt er das BAföG alleine und entlastet so die Länder jährlich um 1,17 Milliarden Euro. 2016 hat der Bund das BAföG erhöht und das Meister-BAföG auf das gleiche Niveau angehoben. Die Jugendarbeitslosigkeit ist Dank des dualen Ausbildungssystems niedrig.

Nach einer Grundgesetzänderung kann der Bund gemeinsam mit den Ländern Hochschulen langfristig fördern. Insbesondere stärkt er die Spitzenforschung. Bei der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen wurde angestrebt, dass der Bund finanzschwache Kommunen beim Ausbau der Bildungsinfrastruktur unterstützen kann, etwa bei Schulsanierungen.



Familien sind unsere Zukunft

Familien sind die Grundlage unserer Gesellschaft – Kinder unsere Zukunft. Die Unionsfraktion unterstützt Familien so, dass sie ihr Leben frei gestalten können. Das neue ElterngeldPlus etwa erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeiten beide Elternteile während der Erziehungszeit in Teilzeit, können sie das Elterngeld doppelt so lange beziehen wie üblich. Daneben fördert der Bund den Ausbau der Kinderbetreuung seit 2007 mit rund acht Milliarden Euro. Zusätzlich stellt er nun über eine Milliarde Euro für weitere 100.000 Plätze bereit.

Kinder von Alleinerziehenden und aus kinderreichen Familien tragen ein hohes Armutsrisiko. Ihnen hilft das nach Kinderzahl gestaffelte Kindergeld, das wie der Kinderzuschlag mehrfach erhöht wurde. Der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde deutlich angehoben und ebenfalls nach Kinderzahl gestaffelt. Für Alleinerziehende, deren ehemalige Partner keinen Kindesunterhalt zahlen, gibt es den Unterhaltsvorschuss nun bis zum 18. Lebensjahr der Kinder.



Frauen unterstützen und schützen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für die Fraktion ein wesentliches Gebot, das schon aus dem christlichen Menschenbild folgt. Die unionsgeführte Koalition hat deshalb dort nachgesteuert, wo sich noch Benachteiligungen zeigen.

So ist die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleichwertiger Arbeit nicht überall selbstverständlich. Ein Auskunftsanspruch darüber, wo sie oder er im Gehaltsgefüge steht, erleichtert es künftig, gleiche Bezahlung zu fordern. Dabei haben CDU/CSU darauf geachtet, die Belastungen für die Wirtschaft gering zu halten. Damit mehr Frauen in Führungspositionen gelangen, wurde eine Frauenquote in Aufsichtsräten eingeführt.

Opfer von sexueller Gewalt müssen nicht mehr belegen, dass sie sich hinreichend gewehrt haben. Es gilt nun: Nein heißt Nein. Auch Grapschen wird als sexueller Übergriff bestraft – besonders hart dann, wenn die Täter aus einer Gruppe heraus handeln. Zudem wurde das Strafrecht verschärft, um Zwangsprostitution und Frauenhandel besser bekämpfen zu können.



Eine erfolgreiche Wirtschaft zum Wohle aller

Das A und O für das Wohlergehen des Landes und seiner Bürger ist eine gute Wirtschaft. Daher hat sich die Unionsfraktion dafür eingesetzt, gute Bedingungen für die Wirtschaft zu erhalten.

Die gute Wirtschaftsentwicklung ist vor allem ein Verdienst der Arbeitnehmer und der Unternehmen, aber auch das Ergebnis einer klugen Politik. Die Union setzt darauf, dass sich Leistung lohnt, und hat erreicht, dass die Steuerbelastung in dieser Legislaturperiode nicht gestiegen ist. Auf ihr Betreiben hin hat die große Koalition zudem die Wirtschaft von Bürokratie entlastet.

Deutschland ist eine Exportnation und auf freien Welthandel angewiesen. Die Europäische Union wird zukünftig noch geschlossener auftreten müssen, wenn sie im Wettbewerb vor allem mit Asien und den USA bestehen will. Die Bundeskanzlerin hat sich daher für ein starkes Europa eingesetzt. Der Binnenmarkt und der Euro sind wesentliche Ursachen für den Erfolg der deutschen Wirtschaft und die besten Garanten dafür, dass Europa seine Interessen zur Geltung bringen kann.



Mit Industrie 4.0 den Wohlstand sichern

Die Digitalisierung der Produktionsprozesse ist für Deutschland Chance und Herausforderung zugleich. Nur wenn der Übergang in das digitale Wirtschaftszeitalter – zur sogenannten Industrie 4.0 – gelingt, wird Deutschland seinen Wohlstand sichern können.

Bei vernetzten Produktionsprozessen, dem Internet der Dinge und der intelligenten Fabrik sind deutsche Unternehmen führend. Der Staat kann den Unternehmen die Anpassung an innovative Entwicklungen nicht abnehmen. Mit der Digitalen Agenda und der Hightech-Strategie hat er aber wichtige Weichen dafür gestellt, dass Arbeitnehmern und Unternehmen der Wandel gelingt.

Deutschland soll auch ein guter Standort für Gründer sein, denn Startups sind ein Wachstumsmotor. Sie brauchen gute Rahmenbedingungen, gerade im Bereich von Wagniskapital. Die Union hat sich im Bundestag deshalb erfolgreich für KfW-Förderdarlehen, Investitionszuschüsse, High-Tech Gründerfonds und Gründerstipendien eingesetzt.



Energie für die Zukunft

Die Union steht zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Energie muss aber bezahlbar bleiben. CDU/CSU haben daher vor allem bei der Förderung der erneuerbaren Energien wichtige Korrekturen angestoßen.

Künftig wird die Höhe der Förderung über Ausschreibungen auf dem freien Markt ermittelt. Diese Wettbewerbskomponente dämpft auch den Preisanstieg. Da die Erneuerbaren von Sonne und Wind abhängen, bleiben konventionelle Kraftwerke unverzichtbar. Bau und Betrieb von Gas- und Kohlekraftwerken wurde daher erleichtert. Auch Energiesparen hilft beim Klimaschutz und schont den Geldbeutel. Von 2016 bis 2020 stehen hierfür Fördermittel von rund 17 Milliarden Euro bereit.

Spätestens 2022 geht in Deutschland das letzte Kernkraftwerk vom Netz. Danach müssen die Anlagen zurückgebaut, der strahlende Abfall entsorgt werden. Das Geld für die Atommüllendlager müssen die Kraftwerksbetreiber aus ihren Milliardenrückstellungen aufbringen. Gemeinsam haben CDU/CSU, SPD und Grüne die Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung beschlossen.



Für die Sicherheit unserer Bürger

Vornehmste Aufgabe des Staates ist es, seine Bürger zu schützen. Um Sicherheit gewährleisten zu können, brauchen Polizei, Ermittlungsbehörden und Nachrichtendienste ausreichend Personal. Auf Drängen der Unionsfraktion werden bei den Sicherheitsbehörden des Bundes bis 2020 rund 10.000 neue Stellen geschaffen. Die Länder sollten dem Beispiel folgen.

Zudem haben sich CDU/CSU dafür eingesetzt, dass Kriminalität besser bekämpft werden kann. So dürfen Ermittler bei besonders schweren Verbrechen wie Terrorismus oder Kinderpornografie die Verbindungsdaten der Provider nutzen. Auch das Bundeskriminalamt wurde gestärkt.

Verbrecher nutzen die Schwachstellen in der Zusammenarbeit der Polizeibehörden oft gezielt aus. Die Union hat daher für einen reibungsloseren Datenaustausch zwischen Bund und Ländern gesorgt. Außerdem setzt sie auf die enge Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden auf europäischer sowie internationaler Ebene und unterstützt den Ausbau des Anti-Terror-Zentrums bei Europol.



Einbruch ist kein Kavaliersdelikt

Die hohe Zahl der Wohnungseinbrüche verunsichert die Bürger. Für die CDU/CSU-Fraktion ist Einbruch kein Kavaliersdelikt. Sie hat deshalb darauf gedrungen, Wohnungseinbruchdiebstahl als Verbrechen einzustufen. Jetzt wird die Mindeststrafe von einem halben auf ein Jahr erhöht. Dies soll abschrecken und dazu beitragen, dass Verfahren gegen Einbrecher nicht mehr so häufig eingestellt werden.

Rund 40 Prozent der Einbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken. Das zeigt, Prävention ist besonders wirksam. Für den Zeitraum 2015 bis 2017 wurden bereits zehn Millionen Euro pro Jahr für ein Förderprogramm zur Sicherung von Fenstern und Haustüren bereitgestellt. Wegen der großen Nachfrage hat die Union durchgesetzt, dass dieser Betrag auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt wird. Damit das Programm auch Mietern nützt, werden künftig bereits Umbaumaßnahmen ab 500 Euro mit einem zehnprozentigen Zuschuss der KfW gefördert. Bislang mussten 2.000 Euro investiert werden.



Bürger vor Terror schützen

Der islamistische Terrorismus ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Unsere Gesellschaft wird sich aber nicht in ihrer freiheitlich-demokratischen Haltung beirren lassen. Der Staat tut alles Notwendige und Mögliche, um den Terroristen das Handwerk zu legen.

So sind Reisen von Dschihadisten in Terror-Ausbildungslager jetzt strafbar. Es ist möglich, ihnen Reisepass und Personalausweis zu entziehen. Zudem wird die Terrorismusfinanzierung härter bestraft. Es ist wichtig, dass die Sicherheitsbehörden terroristische Gefährder lückenlos überwachen, auch mit Hilfe von elektronischen Fußfesseln. Außerdem können Gefährder nun leichter abgeschoben werden. Der Staat ist wach und hat bereits mehrere islamistische Vereine verboten.

Klar ist auch: Wer in Deutschland erhebliche Straftaten begeht, hat sein Gastrecht verwirkt und muss unser Land verlassen. Das Ausländerrecht ist auf Betreiben der Union entsprechend verschärft worden.



Fortschritte in der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Deutschland hilft Menschen, die Schutz vor Verfolgung oder Krieg suchen. Doch auch Deutschlands Möglichkeiten sind begrenzt. Die Union hat sich seit dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung 2015 mit Erfolg dafür eingesetzt, die Zahl der in Europa Schutzsuchenden zu reduzieren. Die Maßnahmen reichen von der Bekämpfung der Fluchtursachen über einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen bis zu zügigen Asylverfahren und einer Durchsetzung der Ausreisepflicht.

Das Abkommen der EU mit der Türkei zur Bekämpfung des Schlepperwesens in der Ägäis wirkt. In ganz Europa werden Flüchtlinge mittlerweile grenznah registriert. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge arbeitet effektiver und entscheidet schneller: Im Jahr 2016 waren es 695.733 Anträge, 146 Prozent mehr als 2015. Ein fälschungssicherer Flüchtlingsausweis ermöglicht eine zentrale Datenerfassung. Deutschland hat außerdem mit vielen Herkunftsländern Rückführungsabkommen abgeschlossen.



Integration bedeutet Fördern und Fordern

Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, dass sich diejenigen, die neu im Land sind, integrieren. Wenn das gelingt, kann Zuwanderung ein Gewinn sein. Gefordert sind dabei Gesellschaft und Staat, aber auch jeder Einzelne. Viele Ehrenamtliche leisten hier Tag für Tag Großes.

Die Koalition setzt mit dem 2016 verabschiedeten Integrationsgesetz auf das Prinzip „Fördern und Fordern“. Das Integrationsgesetz sieht zahlreiche Maßnahmen vor, um anerkannte Flüchtlinge und Menschen mit guter Bleibeperspektive besser zu integrieren, beispielsweise einen erleichterten Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt. Es definiert aber auch klare Pflichten. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache lernen, unsere Gesetze achten und unsere Werte anerkennen. Er muss für seinen Lebensunterhalt sorgen und alles dafür tun, ein tragendes Mitglied unserer Gesellschaft zu werden. Wer seiner Integrationspflicht nicht nachkommt, muss mit Sanktionen rechnen.

Vimeo

WhatsApp

Twitter

Facebook

Klare Regeln für soziale Medien

Die sozialen Medien bringen Menschen zusammen. Sie bieten den Nutzern neue Möglichkeiten für Information und Meinungsaustausch. Allerdings werden auf Plattformen wie Facebook, Twitter oder YouTube zunehmend auch Hass und verleumderische Falschnachrichten verbreitet. Persönlichkeitsrechte werden mitunter massiv verletzt. Die Union hat deshalb die Initiative ergriffen, die schon bestehenden gesetzlichen Pflichten für die Betreiber sozialer Netzwerke zu konkretisieren, ohne dass dabei der freie Meinungsaustausch beschränkt wird.

Danach sollen die Anbieter ein leicht zugängliches Beschwerdeverfahren einrichten. Offensichtlich rechtswidrige Inhalte sollen schneller gelöscht werden. Für Justiz, Behörden und Betroffene müssen die Unternehmen zudem einen Ansprechpartner in Deutschland nennen. In Zukunft ist an eine Selbstregulierung der sozialen Medien wie beim Jugendmedienschutz zu denken.



Kommunen und Landleben fördern

Deutschland ist ein Land der Vielfalt. Eine der Stärken Deutschlands ist, dass das Leben auch außerhalb der Städte attraktiv ist. Rund die Hälfte der Bevölkerung lebt auf dem Land. Die CDU/CSU-Fraktion legt Wert darauf, diese Vielfalt zu erhalten und die ländlichen Regionen als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume zu fördern. Insgesamt stehen aus europäischen Fördertöpfen, Bundes- sowie Landesmitteln von 2014 bis 2020 insgesamt gut 17 Milliarden Euro für die Menschen im ländlichen Raum zur Verfügung.

Die Union hat auch die Nöte der Kommunen im Blick, die in einigen Bundesländern vernachlässigt wurden. Zum einen hat die auf Wachstum ausgerichtete Politik der unionsgeführten Bundesregierung den Kommunen mit florierenden Unternehmen zusätzliche Steuereinnahmen beschert. Zum anderen hat der Bund Länder und Kommunen in der gesamten Wahlperiode mit zusätzlich rund 95 Milliarden Euro erheblich entlastet. Beispielsweise hilft der Bund ihnen bei der Integration von Flüchtlingen.



Starke Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel, mehr Tierwohl

Jeder Bürger möchte sich gut und gesund ernähren. Das setzt einen hohen Lebensmittelstandard voraus. Allerdings können nur solche Landwirte bezahlbare Nahrungsmittel von hoher Qualität erzeugen, die von ihrer Arbeit selbst gut leben können. Viele Bauern kämpfen aber um ihr Überleben, da die Preise etwa für Milch eingebrochen sind. Mit jedem Hof, der aufgeben muss, verliert nicht nur eine Familie ihre Existenz, es stirbt auch ein Stück Kultur. Die Politik hat daher für die Bauern ein Hilfspaket in Höhe von 581 Millionen Euro geschnürt.

Seit Ende 2016 sind Nährwertangaben und Informationen über Allergene auf Lebensmittelverpackungen Pflicht. Die Angaben müssen in einer Mindestdriftgröße aufgedruckt werden. Beim Tierschutz setzt die Koalition auf freiwillige Vereinbarungen und wissenschaftliche Lösungen. Mit Erfolg: Die deutsche Geflügelwirtschaft verzichtet seit 2016 bei Legehennen und Mastputen darauf, Schnäbel zu kürzen. Männliche Küken sollen in Kürze nicht mehr getötet werden.



Zusammenhalt Europas sichern

Die Europäische Union ist das größte Friedensprojekt in der Geschichte Europas. Deutschland verdankt der EU nicht nur Jahrzehnte des Friedens, sondern auch Wachstum und Wohlstand. Vom freien Handel und vom Euro profitiert Deutschland wie kein anderes Land.

60 Jahre nach Unterzeichnung der Gründungsverträge steht die EU jedoch vor großen Herausforderungen. Nationalismus und Protektionismus machen sich breit. Und mit Großbritannien hat erstmals ein Mitgliedstaat seinen Austritt erklärt.

Die CDU/CSU-Fraktion tritt gerade jetzt für ein starkes geeintes Europa ein, denn alleine können die Mitgliedsländer in einer globalisierten Welt nicht bestehen. Sie will aber, dass die EU sich auf die großen Aufgaben konzentriert, die die Mitgliedstaaten alleine nicht lösen können – etwa auf die gemeinsame Verteidigungspolitik sowie die Sicherung der EU-Außengrenzen. Der Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex zu einer richtigen Behörde mit mehr Personal und Befugnissen weist in die richtige Richtung.



Für eine friedliche und gerechte Weltordnung

Seit den Zeiten Konrad Adenauers gehört die Westbindung Deutschlands zu den Grundpfeilern deutscher Außenpolitik. Die transatlantischen Beziehungen fußen zum einen auf dem gemeinsamen Werte- und Demokratieverständnis der USA und der EU, zum anderen auf der Sicherheitspartnerschaft im Rahmen der NATO. Auch unter US-Präsident Donald Trump, der die Interessen Amerikas in den Mittelpunkt seiner Politik stellt, hat sich daran nichts geändert. Die CDU/CSU-Fraktion setzt weiterhin auf eine enge Zusammenarbeit, wenngleich Europa in der internationalen Politik mehr Verantwortung übernehmen muss.

Die Union strebt auch nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland an. Allerdings hat Russland, indem es die Krim völkerrechtswidrig annektiert hat und im Osten der Ukraine Krieg schürt, Vertrauen zerstört. Die westlichen Sanktionen gegen Russland müssen so lange in Kraft bleiben, bis Moskau die Bedingungen für eine friedliche Lösung der Krise in der Ukraine erfüllt hat.



Zwischen Landesverteidigung und Krisenprävention

Die Zahl der Konflikte und Krisenherde weltweit nimmt zu, die Formen der Bedrohung ändern sich. Vor diesem Hintergrund übernimmt Deutschland mehr sicherheitspolitische Verantwortung – im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der Europäischen Union. Zwangsläufig müssen die Ausgaben für Verteidigung daher steigen.

Investitionen in die Sicherheit Deutschlands sind gut angelegtes Geld. Die Bundeswehr braucht mehr Personal und mehr Rüstung, um Deutschlands Verteidigungsbereitschaft zu demonstrieren und sich mit Partnern an internationalen Einsätzen beteiligen zu können. Mehr Geld braucht die Bundeswehr auch deshalb, damit der Dienst für die Soldaten attraktiver wird. Seit Aussetzung der Wehrpflicht konkurriert die Bundeswehr mit anderen Arbeitgebern um Bewerber.

Die Trendwende beim Verteidigungshaushalt ist bereits geschafft. Dafür hat vor allem die CDU/CSU-Fraktion gesorgt. Für sie ist und bleibt die Bundeswehr Garant für die Sicherheit Deutschlands.



Menschen helfen – Fluchtursachen bekämpfen

Armut, Hunger und Ressourcenkonflikte sind der Nährboden, auf dem Kriege entstehen. Sicherheitspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gehören daher untrennbar zusammen.

Unter den unionsgeführten Bundesregierungen hat sich der Etat des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit seit 2005 verdoppelt. Bis 2018 soll der Haushalt auf 8,7 Milliarden Euro steigen. Die Unionsfraktion setzt sich auch dafür ein, dass die sogenannte ODA-Quote – also der Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttoinlandsprodukt – auf die von den Vereinten Nationen geforderten 0,7 Prozent steigt. Sie liegt derzeit bei 0,52 Prozent.

Das Geld fließt in Konflikt- und Krisenprävention, aber auch in Armutsbekämpfung und Infrastrukturaufbau, in Gesundheitsförderung, Umweltschutz oder Bildungsprojekte. Wenn die Menschen in ihrer Heimat in Frieden und Sicherheit leben können, wenn sie ein Auskommen haben und Chancen für ihre Kinder sehen, dann trägt das auch zur Fluchtursachenbekämpfung bei. Diese Politik zeigt erste Erfolge.



Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht

Die Religionsfreiheit ist eines der wichtigsten Menschenrechte. Das Recht ist deshalb so bedeutsam, weil für viele Menschen der Glaube Basis ihres Lebens ist. Das Recht zu glauben oder nicht zu glauben, ist jedoch in vielen Ländern bedroht. Zahlreiche internationale Konflikte sind in ihrem Kern religiöser Natur. Vor allem Christen leiden unter Verfolgungen, besonders in Gebieten, in denen die staatlichen Strukturen zusammengebrochen sind. Islamistische Terroristen des „Islamischen Staates“ oder der Boko Haram überziehen ganze Landstriche mit Gewalt und verüben Anschläge auf die religiöse Vielfalt.

Für die CDU/CSU-Fraktion steht Religionsfreiheit seit langem ganz oben auf der Agenda. Immer wieder thematisieren Unionsabgeordnete die Frage der Religionsfreiheit auf Reisen und Veranstaltungen. 2016 hat die Bundesregierung auf Antrag der Fraktion den ersten eigenen Bericht zur Religionsfreiheit weltweit vorgelegt. Denn die Beschreibung der Probleme ist der erste Schritt zur Lösung.

Wichtige Bundestagsdrucksachen aus der 18. Wahlperiode

Arbeit und Soziales

- 18/10990 Jahreswirtschaftsbericht 2017
- 18/9787 Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand
- 18/1558 Stärkung der Tarifautonomie (Mindestlohn)
- 18/909, 18/1489 Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung (Mütterrente)
- 18/11926 Verbesserung der Leistungen bei Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit
- 18/11923 Abschluss der Rentenüberleitung (Ost-West-Angleichung)

Gesundheit und Pflege

- 18/10186 Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung
- 18/1798 Pflegestärkungsgesetz I
- 18/5926 Pflegestärkungsgesetz II
- 18/9518 Pflegestärkungsgesetz III
- 18/5293 Digitale Kommunikation im Gesundheitswesen

Haushalt

- 18/700 Bundeshaushalt 2014
- 18/2000 Bundeshaushalt 2015
- 18/5500 Bundeshaushalt 2016
- 18/9200 Bundeshaushalt 2017

Wirtschaft und Digitales

- 18/9949 Zweites Bürokratieentlastungsgesetz
- 18/5923 Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetzes an die Rechtsprechung des BVerfG

- 18/6643 Industrie 4.0 und Smart Services
- 18/2497 Hightech-Strategie
- 18/9663 Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU und ihren Mitgliedstaaten (Ceta)
- 18/9986 Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften

Bildung und Forschung

- 18/2663 Änderung des BAFöG (Vollfinanzierung durch den Bund)
- 18/2710 Änderung des Grundgesetzes (erweiterte Bund-Länder-Kooperation Wissenschaftsbereich)
- 18/8550 Bundesbericht Forschung und Innovation 2016
- 18/4928 Prinzipien des deutschen Bildungswesens stärken
- 18/7055 Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes

Familie und Frauen

- 18/2583 Elterngeld Plus
- 18/2586, 18/11408 Ausbau der Kindertagesbetreuung
- 18/4649 Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags
- 18/11135 Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems (Unterhaltsvorschuss)
- 18/3124 Bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
- 18/11133 Entgelttransparenzgesetz

- 18/3784 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen
- 18/8210 Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung
- 18/8556 Prostituiertenschutzgesetz

Energie, Infrastruktur und Verkehr

- 18/8860 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2016
- 18/10469 Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung
- 18/9523, 18/9524, 18/9527 Bundesverkehrswegeplan
- 18/11237 Infrastrukturabgabe (PKW-Maut)
- 18/8332 Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze
- 18/9951 Änderung des Telekommunikationsgesetzes
- 18/1973 Moderne Netze für ein modernes Land

Innen und Justiz

- 18/6185 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz
- 18/7538 Einführung beschleunigter Asylverfahren
- 18/8515 Integrationsgesetz
- 18/4087 Verfolgung der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten
- 18/5088 Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten
- 18/11326 Neustrukturierung des Bundeskriminalamtes
- 18/3831 Änderung des Personalausweisgesetzes und Passgesetzes, Einführung eines Ersatz-Personalausweises
- 18/11584 Ausweitung des Maßregelrechts bei extremistischen Straftätern (elektronische Fußfessel)

Landwirtschaft und Ernährung

- 18/9200 Bundeshaushaltsplan 2017 (Ernährung und Landwirtschaft)
- 18/8650 Ernährungspolitischer Bericht 2016
- 18/8235 Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes

Euro und Europa

- 18/2577 Änderung des ESM-Finanzierungsgesetzes
- 18/12135 Stellungnahme zu den Leitlinien des Europäischen Rates für die Verhandlungen des Austrittsabkommens mit Großbritannien
- 18/7644 Schaffung eines europäischen Einlagenversicherungssystems
- 18/8867 Europäischen Binnenmarkt weiter vertiefen

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

- Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr, u.a. Ausbildung und Beratung der Peschmerga im Irak, MINUSMA (Mali), Resolute Support (Afghanistan), SOPHIA (Unterbindung der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im Mittelmeer)
- 18/8740 Bericht der Bundesregierung zur weltweiten Lage der Religionsfreiheit
- 18/12300 15. Entwicklungspolitischer Bericht der Bundesregierung





Die Abgeordneten der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
zur Mitte der Wahlperiode
in ihrem Sitzungssaal

Impressum

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Kommunikation
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74
F 030. 2 27-5 01 46
pressestelle@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Gestaltung

adlerschmidt kommunikationsdesign gmbh, Berlin

Druck

Ruksaldruck, Berlin
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und sozial
nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Stand

Mai 2017

Bildnachweis

Titelbild: Nataša Mandić/Stocksy; S. 2: Laurence Chaperon; S. 4:
Tobias Koch; S. 8: Industrieblick/Fotolia; S. 10: Ute Grabowsky/
photothek.net; S. 12: Photographee.eu/Fotolia; S. 14: Rogerphoto/
Fotolia; S. 16: Thomas Trutschel/photothek.net; S. 18: Anton
Gvozdkov/Fotolia; S. 20: Stockr/Fotolia; S. 22: Kasto/Fotolia;
S. 24: RioPatuca Images/Fotolia; S. 26: Westend61/Fotolia; S. 28:
Ake1150sb/iStock; S. 30: Kynny/iStock; S. 30: Kynny/iStock;

S. 32: Monty Rakusen/Getty Images; S. 34: Bundespolizei;
S. 36: Heiko119/iStock; S. 38: Wolfgang Kumm/Picture Alliance;
S. 40: Arifoto UG/Picture Alliance; S. 42: Ronny Hartmann/
Getty Images; S. 44: Zdravkovic/iStock; S. 46: Bestgreenscreen/
Thinkstock; S. 48: Zlikovec/iStock; S. 50: Federico Gambarini/
Picture Alliance; S. 52: Thomas Koehler/photothek.net; S. 54:
Florian Gaertner/photothek.net; S. 56: Danita Delimont/Getty
Images; S. 58: Ulrich Scharlack; S. 62/63: Julia Nowak

Die Fotos dieser Broschüre sind urheberrechtlich geschützt.



Die Textbeiträge werden unter den Bedingungen einer
Creative Commons License veröffentlicht:

<https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

Sie dürfen das Textwerk vervielfältigen, verbreiten und öffent-
lich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung

Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von
ihm festgelegten Weise nennen. Zitierhinweis: „CDU/CSU-
Fraktion im Deutschen Bundestag. Für die Menschen und das
Land. Die Bilanz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“

Sie müssen einen Link zur Lizenz beifügen und angeben,
ob Änderungen vorgenommen wurden.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines
Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet
werden.

